CHINA

Lügen und Propaganda

Manchmal sind es die kleinen Dinge, die Manipulation und Zensur von Nachrichten am eindrucksvollsten demonstrieren: Als der neue US-Präsident Barack Obama in seiner Antrittsrede die Worte „Faschismus und Kommunismus“ benutzte, unterbrach Chinas Zentralfernsehen die Liveübertragung der Amtseinführung. Nichts Ungewöhnliches in China; auch deshalb hatten in den Tagen zuvor 22 junge Anwälte und Autoren zu einem Boykott des Staatssenders CCTV aufgerufen. „Verweigert euch der Gehirnwäsche“ und „Sucht das Weite, wo immer ihr einen Sprecher Lügen, leere Sprüche und schamlose Propaganda von sich geben hört“, forderten sie in einem Brief im Internet. Die Unterzeichner werfen dem Sender vor, beim Babymilch-Skandal, der vori-

LI JUNFENG / IMAGINECHINA

Chinesisches Staatsfernsehen

ge Woche mit drei Todesurteilen und langen Haftstrafen einen vorläufigen Höhepunkt fand, zu positiv über den Sanlu-Milchkonzern berichtet zu haben. CCTV bringe zudem häufig Diskussionsrunden, in denen Experten historische Wahrheiten verdrehten, und präsentiere die Hauptnachrichten „seit Jahrzehnten in altmodischer und stereotyper Weise“. Von vielen chinesischen Web-Seiten wurde der Aufruf schnell gelöscht. Fernseh-Verantwortliche wiesen die Vorwürfe zurück und erklärten, kein Land komme ohne Propaganda aus. Um das Image Chinas und der KP im Ausland zu verbessern, sollen in Zukunft mehr fremdsprachige CCTV-Kanäle sowie ein Nachrichtensender nach dem Vorbild von al-Dschasira geschaffen werden. Für die neue Programmoffensive ist ein Budget von fünf Milliarden Euro vorgesehen.

Tutsi-General Nkunda

KONGO

Allianz von Feinden

Neue Fronten in einem alten Krieg: In Kenia feilschten Unterhändler der kongolesischen Regierung und des rebellischen Tutsi-Generals Laurent Nkunda um einen Waffenstillstand im Ostkongo, da schloss Kongos Präsident Joseph Kabila einen heimlichen Bund mit seinem ruandischen Kollegen und bisherigen Gegner Paul Kagame. Beide verbündeten sich gegen die Hutu-Milizen, die immer noch im Osten des Kongo marodieren. Mehrere tausend ruandische Soldaten rückten vergangene Woche in den Kongo ein. Ihr Ziel waren jedoch nicht nur die Milizen. Sie stoppten auch den Warlord Nkunda und riefen seinen Stabschef Bosco Ntaganda, der vor kurzem mit ihm gebrochen hatte, zum neuen starken Mann der Tutsi-Bewegung CNDP aus. Andere Rebellen, die plötzlich nicht mehr wussten, wer Freund und wer Feind war, kündigten daraufhin einen Waffenstillstand an. Sie wollen sich nun der kongolesischen Armee anschließen.

Nkunda, der nicht aufgeben wollte, wurde schließlich auf der Flucht nach Ruanda verhaftet – von ebenjenen Ruandern, die ihn jahrelang unterstützten und ihn jederzeit die Grenze passieren ließen. Ruandas Kehrtwende verblüfft die meisten Akteure in diesem Konflikt, der seit 1998 vier bis fünf Millionen Tote gefordert hat. Auch die Kongo-Blauhelm-Truppe der Vereinten Nationen (Monuc) hatte nichts von den Geheimverhandlungen erfahren, ebenso

EL SALVADOR

Sieg der Ex-Guerilla

Die Riege linker und linkspopulistischer Politiker in Lateinamerika dürfte schon bald Verstärkung bekommen: 17 Jahre nach dem Friedensschluss in der einstigen Bürgerkriegsrepublik El Salvador wird voraussichtlich die einstige Guerilla FMLN auf friedliche Weise an die Macht gelangen. Nach ihrem Sieg bei den Parlaments- und Kommunalwahlen vor zehn Tagen hat die FMLN nun gute Chancen, bei der Präsidentschaftswahl am 15. März das höchste Amt im Staate zu besetzen. Präsidentschaftskandidat Mauricio Funes, ein charismatischer Journalist, verspricht einen sozialdemokratischen Kurs. Bislang bewahrte er Distanz zu dem umstrittenen venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chávez und zeigte sich um gute Beziehungen zu Washington bemüht. Die USA hatten während des Bürgerkriegs von 1980 bis 1991 das salvadorianische Militär, das für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, massiv unterstützt. Trotz des Friedensabkommens von 1992 herrscht noch immer Gewalt im mittelamerikanischen Zwergstaat: Ex-Guerilleros, ehemalige Soldaten und arbeitslose Jugendliche haben sich brutalen Gangs angeschlossen. Diese sogenannten „maras“ betreiben aktiven Drogenhandel und Menschenschmuggel in die USA.

LUIS ROMERO / AP

Kandidat Funes

Flüchtlinge im Kongo

YASUYOSHI CHIBA / AFP (L.); WALTER ASTRADA / AFP (R.)

wenig der von Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon entsandte nigerianische Sonderbotschafter Olusegun Obasanjo. „Wir wissen nicht, was die Ruander wirklich wollen“, sagte Monuc-Sprecher Jean-Paul Dietrich. In jedem Falle sind die Soldaten aus dem Nachbarland die Gewinner des Deals. Und so werden sie auch den Zeitpunkt bestimmen, zu dem sie den Kongo verlassen.
Dass mit der Operation nun Frieden in der Region einkehrt, ist unwahrscheinlich. Voraussetzung dafür wäre beispielsweise, dass die regulären Soldaten der kongolesischen Armee künftig ausreichend und regelmäßig bezahlt werden. Aber wovon? Auch Nkundas Armee, bislang eine der stärksten im Kriegsgebiet, wird nicht einfach verschwinden. Am vergangenen Donnerstag wurden in Rutshuru Nkunda-Milizionäre beobachtet, wie sie ihre Bündel packten und sich erst einmal in den Busch zurückzogen.

FRANKREICH

Sarkozy und die Frauen

Sie standen für die Moderne, die ethnische Vielfalt und den Wandel – nun machen die drei Vorzeigefrauen Dati, Yade und Amara dem Staatschef das Leben schwer. Justizministerin Rachida Dati, 43, einst erklärter Liebling des Präsidenten, war durch ihre autoritäre Amtsführung seit langem eine Belastung. Eisern sperrte sie sich gegen die Abschiebung auf einen zweitklassigen Kabinettsposten. Doch jetzt, drei Wochen nach der Geburt ihrer Tochter, mustert Sarkozy sie aus. Noch immer verstummen in Paris nicht die offiziell dementierten Gerüchte, François Sarkozy, 49, der jüngere Bruder des Präsidenten, sei der Vater ihres Kindes und der Staatschef damit dessen Onkel. Doch auch wenn das stimmen sollte, von Protektion kann keine Rede mehr sein.
Dati soll ihr Ministerium spätestens im Sommer verlassen – für die Europawahlen im Juni wurde sie auf den zweiten Listenplatz der Regierungspartei UMP in der Region Ile-de-France entsorgt.
Ein ähnliches Schicksal droht auch Rama Yade, 32, Staatssekretärin für Menschenrechte und bekannt für klare Worte gegen Libyens Diktator Gaddafi oder Chinas Unterdrückung in Tibet. Bisher wehrt sich die Politikerin („Ich bin nicht nur da, um auf dem Foto für Farbe zu sorgen“) noch gegen einen Platzverweis. Sie wolle sich „bei Lokalwahlen bewähren“, sagte die Tochter senegalesischer Eltern. Auf Konfrontationskurs mit dem Präsidenten geht Fadela Amara, 44, zuständig für Stadtentwicklung: Sie kritisiert offen den Regierungsplan „Hoffnung für die Vororte“, für den sie eigentlich zuständig ist. Wegen fehlender Mittel seien die Ergebnisse des Vorhabens, das Sarkozy vor einem Jahr zur „nationalen Priorität“ erklärte, enttäuschend. „Das könnte man viel besser machen“, sagte Amara.

MELANIE FREY / FEDEPHOTO

Politikerinnen Dati, Yade

THAILAND

Tod auf dem Meer

Es muss ein qualvoller Tod gewesen sein: Hunderte burmesischer Boatpeople ertranken oder verdursteten offenbar um Weihnachten vor der indischen Küste. Das berichten 107 Überlebende, die später vor den zu Indien gehörenden Andamanen-Inseln gerettet wurden. Viele Flüchtlinge werden immer noch vermisst. Die Angehörigen der muslimischen Rohingya-Minderheit hatten versucht, die thailändische Küste zu erreichen. Als das thailändische Militär sie aufgriff, wurden offenbar bis zu 1000 von ihnen verprügelt, gefesselt und dann auf Booten zurück auf das offene Meer geschleppt und ausgesetzt. Auch Touristen wollen Zwischenfälle am Strand beobachtet haben. Mittlerweile ist ein weiteres Boot in Indonesien, an der Küste von Aceh, gelandet. Bis zu 650 Menschen konnten gerettet werden, mehr als 500 werden noch vermisst. Das thailändische Außenministerium will den Vorwürfen, die jetzt von Menschenrechtsorganisationen erhoben werden, offenbar nachgehen. Anfangs hatte auch Thailands neuer Premierminister Abhisit Vejjajiva erklärt, er werde eine Untersuchung des Falls unterstützen. Doch nun sagt er auf einmal, er halte die Vorwürfe für übertrieben. Außerdem kündigte der Premier an, seine Regierung werde weiterhin hart gegen illegale Einwanderer vorgehen: „Wenn zu viele von ihnen kommen, ist die nationale Sicherheit in Gefahr.“

ROYAL THAI NAVY

Gestrandete Flüchtlinge